

## Splitter

### Termine

Folgende Termine sollte man sich merken:

Am heutigen Donnerstag, startet das WiWi Sommerfest in den WiWi Bauten.

In der folgenden Woche feiern die Architekten ihr Sommerfest.

Am folgenden Freitag, den 28. Juni steigt das Parkplatzfest vor den Wohnheimen HEK, BEA und ABH.

Das UStA-Sommerfest findet am Samstag, den 29 Juni statt. Top-Act sind „Die Happy“.

## Forum

Das Forum in der Online-Version der Breitseite, das vor Kurzem aufgrund technischer Probleme geschlossen wurde, wurde wiedereröffnet. Unter [www.breitseite.org](http://www.breitseite.org) kann über die Hochschulpolitik und vieles andere mehr diskutiert werden. Der Dank der LHG geht dabei an den Forenmaster Jonas Hahn.

## UStA Sommerfest

Wer nähere Informationen zum Unifest haben möchte, kann dies unter [www.unifest-karlsruhe.de](http://www.unifest-karlsruhe.de) tun. Die Kulturreferentin Sabine Krieger hat immer noch Bedarf an Helfern.

## LHG - Treffen

Die LHG trifft sich jeden Montag um 19.15 Uhr im WiWi-Bau III, Raum 001. Wir diskutieren über Aktuelles und lassen den Abend gemütlich in einer Kneipe ausklingen.

(mb)

## Alea jacta sunt - Hippler neuer Rektor der Uni

„Wohnraumsituation dringendstes Problem“ / Nachfolger Wittigs tritt Amt zum ersten Oktober an

Die Entscheidung ist gefallen: am Montag wählte der Senat der Uni im dritten Wahlgang Prof. Dr. Horst Hippler zum Rektor.

Drei Kandidaten hatte es gegeben. Prof. Dr. Horst Hippler Leiter des Instituts für physikalische Chemie, Prof. Dr. Hartmut Schmeck, der Dekan der WiWIs und als einzige Auswärtige Frau Dr. Bianka Lichtenberger aus Zürich. Hippler setzte sich äußerst knapp im dritten Wahlgang gegen Schmeck durch. Lichtenberger war bereits nach dem zweiten Wahlgang aus dem Rennen gewesen.

Zwar war die LHG von keinem der Kandidaten restlos überzeugt. Man konnte sich im StuPa mit der Mei-

nung durchsetzen, dass zwar Impulse von Außen durchaus wünschenswert wären. Da aber abzusehen



Prof. Dr. Horst Hippler, Rektor der Uni ab Oktober 2002

war dass die Entscheidung zwischen Hippler und Schmeck fallen würde, entschied eine breite Mehrheit aus Parlamentariern und Fachschaffern

den studentischen Vertretern im Senat den Auftrag zu geben, Hippler zu unterstützen.

Bei einem Gespräch im Vorfeld hatte der Eindruck überwogen, dass die Studierenden in Hippler am ehesten einen Ansprechpartner im Rektorat haben, dass die Belange der Studierenden nicht gänzlich unter den Teppich gekehrt werden.

Als seine dringendsten Aufgaben sah Hippler die Verbesserung der Wohnraumsituation für Studierende, er nannte sie eine Katastrophe. Ebenso müsste die Gebäudesanierung voran getrieben werden. Englischsprachige Lehrveranstaltungen sollten vermehrt angeboten werden, das blinde Einrichten moderner oder hipper Studiengänge lehnte er rigoros ab. Zur klammen Situation der Uni-

Finanzen meinte Hippler, die Anstrengungen zur Drittmittelanwerbung sollten intensiviert werden. Mit weiteren Visionen zur Zukunft der Universität Karlsruhe hielt er sich jedoch zurück, hier erwartet die LHG in der Zukunft Konkretes

Durch das imperative Mandat des StuPa wurde den studentischen Senatsmitgliedern der Auftrag gegeben, für Hippler zu votieren. Immerhin war der Ausgang mit 17 zu 15 Stimmen denkbar knapp, die Studierenden mit ihren drei Stimmen waren sozusagen die Königsmacher. Damit verbunden die Hoffnung, dass Prof. Hippler als Rektor dieses Vertrauen rechtfertigt und in einen offenen Dialog mit den Studierenden und ihren Interessensvertretern tritt. (mb)

## UStA stellt StuPa vor vollendete Tatsachen: Druckerei wiedereröffnet

Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein: Passt dem UStA die Beschlusslage des Studierendenparlaments nicht, versucht er in diesem eine Änderung zu erwirken. Scheinbar gilt die nicht für alle, wie die LHG beim TOP Druckerei feststellen musste.

Der Stein des Anstoßes: Auf die Frage der LHG in der vorletzten Sitzung des StuPa Anfang Juni, wann denn das erste UMag erschiene und wo es gedruckt werde, antwortete UStA-Vorsitzender Roger Huckle mit unverschämten Unterton, man drucke in der Druckerei des SSV. Überraschung auf Seiten der LHG, schließlich galt diese aufgrund von StuPa-Beschlüssen als geschlossen. Zur Einbringung eines Antrages konnte sich Huckle nicht durchringen, der TOP wurde vertagt.

In der jüngsten Sitzung des Parlaments der Studierenden präsentierte der UStA dann neben dem von der LHG geforderten Finanzplan einen Antrag zur Wiedereröffnung der Druckerei. Beim Blick auf die Zahlen und auf Nachfrage wurde jedoch deutlich, dass sich die Druckerei vor allem durch interne Aufträge finanziert. Da diese aber auch das unabhängige Modell finanziell mit unterstützen soll, erscheint eine Querfinanzierung nicht sinnvoll. Woher die „Auswärtigen“,

Druckaufträge kommen sollen, ließ der Druckereibeauftragte Stefan Kuchenbrod offen. Überhaupt konnten seine Ausführungen die Skepsis nicht beseitigen. Ob wirklich ein Markt besteht, der Druckerzeugnisse zwar durchaus günstig, aber in qualitativ schlechtem Zustand besteht, bleibt fraglich. Ebenso die Frage, ob der Maschinenpark nicht einer gründlichen Sanierung bedarf, was freilich aus finanziellen Gründen nicht möglich ist.

Die Druckerei war vom LHG/RCDS - UStA im Januar aus

eben diesen Gründen geschlossen worden, sie war durch Versäumnisse der Vorgänger in diese Lage versetzt worden. Bei den Wahlen Ende Januar war die GAL mit dem Wahlversprechen angetreten, diese wieder zu eröffnen. Erwartungsgemäß wurde dieser Antrag von der „Kanzlermehrheit“ im UStA angenommen. Die LHG hält weiterhin die Risiken für schwerwiegender als den Nutzen, vor allem da sich die Führung des UStA statt durch Weitblick vielmehr durch politische Engstirnigkeit auszeichnet. (mb)



## DER KOMMENTAR

### Christoph Caspritz über die Novelle des HRG's

Mit der 6. Fassung des Hochschulrahmengesetzes sollten endlich klare Fakten geschaffen werden.

Dem Treiben mancher Bildungsminister und ihrer Ministerpräsidenten, Studenten an der Finanzierung ihres Studiums heranzuziehen, sollte eine klare Abfuhr erteilt werden. So stellte sich das auf jeden Fall die rot-grüne Bundesregierung vor. Das Erststudium soll von Gebühren frei bleiben, so will es die rot-grüne Bildungsministerin Bulmahn. Trotz einer Klausel, dass in besonderen Fällen das Landesrecht ausnahmsweise vornehmen kann, war der Bundesrat damit nicht einverstanden.

Doch könnte es nicht auch sein, dass man auf diesem Weg doch noch versucht den Studierenden zur Kasse zu bitten. Da fragt man sich schon ob es nicht am Ende doch jede einzelne Hochschule ist, die eigentlich über die finanzielle Beteiligung ihrer Studierenden entscheiden sollte. Warum sollte der Bund nicht den Ländern vorschreiben dürfen keine Studiengebühren zu erheben, aber die Länder den Universitäten. Zwar sind Universitäten Landeseinrichtungen und unterstehen dem jeweiligen Land, aber es gibt die Freiheit der Lehre. Die Argumentation

der Länder ist daher nicht nachvollziehbar und scheint eine letzter Versuch zu sein eine Streichung der Gebührenfreiheit zu erwirken.

Auch wenn Bildungspolitik Landesaufgabe ist und eine Möglichkeit für die Länder ist in Wettbewerb miteinander zu treten, so muss dieser Wettbewerb eine einheitliche Rahmen bekommen. Es kann nicht sein, dass im Falle der Streichung der Gebührenfreiheit aus dem HRG, die einzelnen Länder selber darüber entscheiden in wie weit sie Gebühren erheben wollen. Die Folgen wären katastrophal. Länder die keine Gebühren erheben würden, wären bei vielen Studenten wahrscheinlich bevorzugt, während die Länder mit Gebühren nur von denen gewählt werden, die es sich leisten können. Die Qualität der Lehre an der Hochschule würde bei der Studienplatzwahl zurückfallen. Ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen wäre nicht mehr möglich. Die Länder die Gebühren erlauben, machen dies bestimmt nicht um die Selbstbestimmung ihrer Hochschulen zu stärken. Ein föderaler Wettbewerb zwischen den Hochschulen kann nur dann stattfinden, wenn alle die gleichen bundeseinheitliche Startbedingungen haben.

## Nein im Bundesrat

Und wieder einmal war es der Bundesrat, dem es vorbehalten war, die Rolle des Spielverderbers auszufüllen. Die sechste Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) wurde Ende Mai in den Vermittlungsausschuss verwiesen.

Die Vertreter der Länder waren der Auffassung dass das Gesetz einer grundlegenden Überarbeitung bedürfe. Die durch das Gesetz vorgesehene bundesgesetzliche Überführung von Bachelor- und Master-Studiengängen erscheine derzeit verfrüht. Eine hochschulübergreifende Qualitätssicherung der neuen Studiengänge werde derzeit noch erarbeitet.

Mit der rahmenrechtlichen Verankerung der

Diese Startbedingungen auf Landesebene zu konstruieren fördern den Wettbewerb nicht.

Eine weitere grundlegende Änderung im HRG sollte die Verpflichtung sein, Studiendenschaften einzurichten. In einer demokratischen Gesellschaft ist es nicht verständlich warum die größte Gruppe an einer Hochschule, die Studierenden, nicht eine angemessene Vertretung haben sollte. Wieso diese Frage auch nur auf Landes-

Studiengebührenfreiheit überschreite der Bund seine Gesetzgebungskompetenz. Die Erhebung bzw. Nichterhebung von Studiengebühren sei kein Gegenstand der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes, es handele sich vielmehr um eine Frage der Finanzierung der Hochschulen unter Beteiligung der Studenten.

Dieselbe Argumentation führten die Länder auch die Passage zur Bildung von Studierendenschaften an. Gemeint ist die „Verfasste Studierendenschaft“, die es weder in Bayern noch in Baden-Württemberg gibt. Die stärkere Bindung des Landesgesetzgebers durch das Rahmenrecht widerspreche der angestrebten Stärkung des föderalen Prinzips in Deutschland.

ebene geklärt werden kann ist nicht nachvollziehbar. Es sieht eher so aus, als wollten vor allem Baden-Württemberg und Bayern sich nicht bei diesem Thema reinreden zulassen.

Der einzige Punkt der wirklich noch Klärungsbedarf im HRG hat, ist die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Wenn der Bund diese schon erlauben möchte, dann sollte er auch für eine bundeseinheitliche Qualitätssicherung sorgen.

## Der Stein des Anstosses

Mit dem Änderungsgesetz werden Bachelor- und Master-Studiengänge aus dem Erprobungsstadium in das Regelangebot der Hochschulen überführt. Darüber hinaus wird die Studiengebührenfreiheit für sämtliche Formen von grundständigen Studienangeboten festgeschrieben. Von der Gebührenfreiheit können die Länder in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen. Des weiteren werden die Landesgesetzgeber verpflichtet, für alle Hochschulen die Bildung verfasster Studierendenschaften vorzusehen.

Der Bundesrat stellte ferner fest, dass das Gesetz seiner Zustimmung bedürfe, da es die Einrichtung von Behörden und das Verwaltungsverfahren regelt.

Dies ist besonders wichtig, da der Abschluss in den internationalen Wettbewerb treten soll.

Es sieht danach aus, dass die aus studentischer Sicht interessanten Punkte im Vermittlungsausschuss verwässert werden. Der Streit um die Studiengebühren wird so schnell nicht beendet und der Traum einer verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg wird wie eine Seifenblase zerplatzen.

## Ein Wort dazu: Jonas Hahn über deutsche Fernsehleidkultur

Deutschland hält den Atem an bei dieser Neuigkeit. Alle sind wir betroffen, kaum einer davon auszunehmen. Dabei hätte man es doch wissen können, denn das Übel sitzt tief und verrichtet schon lange sein zerstörerisches Werk. Es ist Zeit, darüber zu reden. Macht Fernsehen dick oder nicht? Lange genug wurde dieses Thema unter den Tep-

pich gekehrt. Jetzt mal Hand aufs Knie, wer sitzt nicht gerne mal ein Weilchen vor der Flimmerbüchse und sieht und hört von Waldbränden, Klingonen, Susan Stahnkes Gedärm oder Jürgen „18%“ Möllemann? Es erwischt sogar schon die Kleinen, die Achillesferse der Gesellschaft. „Ein Fernseher im Kinderzimmer ist der deut-

lichste Indikator für ein erhöhtes Risiko, Übergewichtig zu werden.“ Kein Wunder eigentlich, erstarrt man doch sofort, sieht man einen Möllemann quaken, ein Teletubbie oh-ohen oder Susan Stahnkes Darm bei der Arbeit und erwacht nicht eher aus dieser Starre als bis man mindestens ein weiteres Kilo angesetzt hat. (jh)

## Liberaler europaweit weiter auf dem Vormarsch

Mit einem tollen Erfolg endeten die Wahlen zum ersten europäischen Studierendenparlament. Beim „European Student Vote“ (EUSV) gingen die Liberalen Students als stärkste Kraft hervor.

Die Liberalen vereinigten dabei 26,78 % der Stimmen auf sich. Mit acht Sitzen stellen die Liberal Students die größte Fraktion im European Student Council, dem ersten europäischen Studierendenparlament (EUSV). Einziger Deutscher im Student Council ist der ehemalige Stellvertretende

Bundesvorsitzende der LHG, Dennis Jussi aus Hannover. Dieser zeigte sich sehr erfreut über die Wahlbeteiligung, immerhin nahmen knapp 83 000 ihr Stimmrecht wahr. Er sieht darin die Legitimation für das europäische Studierendenparlament gegeben. Die konstituierende Sitzung findet am 29 und 30. Juni in Paris statt. (mb)

Die Informationsquelle im Internet:

[www.breitseite.org](http://www.breitseite.org)

Impressum:

Liberaler Hochschulgruppe  
Karlsruhe  
c/o UStA Uni-Karlsruhe  
Adenauerring 7  
76131 Karlsruhe  
V.i.s.d.P. Matthias Benz  
Email: lhg@uni-karlsruhe.de